

**Titre, préambule, ch. I***Proposition de la commission***Art. 19**

..., mais au maximum jusqu'au 30 septembre 1991.

*Pour le reste: Adhérer à la décision du Conseil des Etats**Angenommen – Adopté***Ziff. II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. II***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

Dagegen

81 Stimmen  
1 Stimme*An den Ständerat – Au Conseil des Etats**Schluss der Sitzung um 21.05 Uhr**La séance est levée à 21 h 05***Fünfte Sitzung – Cinquième séance****Donnerstag, 6. Juni 1985, Vormittag****Jeudi 6 juin 1985, matin**

8.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Koller Arnold*

84.092

**Eidgenössische Technische Hochschulen.****Dringliche Bauvorhaben****Ecoles polytechniques fédérales.****Projets urgents de construction**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 17. Dezember 1984 (BBI 1985 I, 757)

Message et projet d'arrêté du 17 décembre 1984 (FF 1985 I, 745)

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Entrer en matière

**M. Couchepin**, rapporteur: La Commission de la science et de la recherche vous recommande par 10 voix contre zéro et trois abstentions d'approuver l'arrêté fédéral concernant des projets de construction urgents des Ecoles polytechniques fédérales et de leurs établissements annexes. Il s'agit d'un montant de 28 268 000 francs qui se décompose ainsi: 18 110 000 francs pour des nouveaux crédits d'ouvrages et 10 158 000 francs pour des crédits additionnels. Une partie de ces montants est d'ailleurs déjà dépensée. Les fonds ont été libérés par la délégation des finances. Nous avons pris notre décision après avoir entendu M. Egli, conseiller fédéral, des représentants du groupe des constructions, le directeur de l'Office des constructions fédérales ainsi que des représentants des Ecoles polytechniques fédérales. Ce crédit est un complément à celui qui avait été voté le 15 décembre 1983 et qui s'élevait à une somme beaucoup plus importante qu'aujourd'hui puisqu'il s'agissait de 271 millions.

Le prochain message relatif aux constructions dans les écoles polytechniques viendra, selon les renseignements donnés par le gouvernement, à la fin de 1985 ou au début de 1986.

La plupart des postes de cet arrêté n'ont pas donné lieu à discussion, tout au plus à des questions. Il vous intéressera peut-être de savoir que la construction d'un bâtiment de stockage intermédiaire pour les déchets faiblement et moyennement radioactifs est devenue nécessaire du fait que l'on a renoncé, fort heureusement d'ailleurs, à les déposer en mer. L'opinion internationale, notre opinion publique et la raison s'y opposaient.

Les déchets moyennement et faiblement radioactifs qui seront stockés à Würenlingen proviennent de la recherche dans les universités suisses et du CERN, à Genève. Il faut ajouter en outre les déchets provenant de la médecine nucléaire ainsi que d'industries helvétiques. Les éléments radioactifs seront dilués dans des masses de conditionnement. Il s'agit d'un stockage intermédiaire, le stockage définitif devant intervenir à partir des années 1990. D'autres crédits sont affectés à la recherche forestière, à la transformation et au nouvel équipement des bâtiments des sciences agronomiques et forestières.

Nous vous invitons à voter cet arrêté.

**Frau Segmüller**, Berichterstatterin: Mit der vorliegenden Botschaft werden Kredite von 18,1 Millionen Franken für drei neue Objekte und Zusatzkredite von 10,1 Millionen angefordert, insgesamt also für 28,268 Millionen Franken. Es handelt sich dabei um eine Sonderbotschaft für dringliche Bauvorhaben; sie liegt zeitlich zwischen der letzten Vorlage von 1983 und der nächsten, auf Ende 1985 zu erwartenden ordentlichen ETH-Baubotschaft.

Angesichts der Dringlichkeit der Projekte hat die Finanzdelegation bereits ihre Zustimmung für die Verpflichtungskredite gegeben, und die Bautengruppe hat die Projekte begutachtet. Es handelt sich dabei um folgende Vorhaben: ETH Zürich: Ausbau der Wärmepumpenanlage und des Fernheizkraftwerkes im ETH-Zentrum, 2. Etappe. Dafür werden als neuer Objektkredit 7,1 Millionen anbegehrt, plus zusätzlich 1,2 Millionen Franken für die Anpassung der ersten an die zweite Ausbauetappe. Die Kosten dieses Ausbaus werden wettgemacht durch betriebliche Kosteneinsparungen im Verlauf von 6 bis 7 Jahren. Aus Gründen des Umweltschutzes wie auch wegen der Substitution von Erdöl und wegen des Energiesparens erscheint die Ausführung der Projekte dringlich.

**Umbau und Nachinstallation der land- und forstwirtschaftlichen Gebäude:** Hier wird ein Zusatzkredit von 6,2 Millionen anbegehrt, der nötig wurde infolge der langen Bauzeit von zehn Jahren und der Teuerung. Der Vertreter der Bautengruppe wird sich hierzu äussern.

**Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung (EIR) Würenlingen:** Die Errichtung eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, wie sie aus Forschung, Medizin und Industrie anfallen, ist Gegenstand dieses Objektkredites. Bis 1982 wurden diese Abfälle gemäss internationalen Abkommen im Meer versenkt. Die zunehmende Erkenntnis über die Problematik dieses Vorgehens hat auch in unserem Land zu politischer Opposition dagegen geführt. Das Endlagerkonzept der NAGRA sieht erst für 1995 die Inbetriebnahme eines solchen Endlagers vor. Die Errichtung eines Zwischenlagers erweist sich daher als unumgänglich und dringlich, da das EIR als Stapelplatz für die ablieferungspflichtigen Abfälle an die Grenze seiner Kapazität gelangt ist und diese Abfälle bis zur Errichtung eines Endlagers irgendwo sicher zwischengelagert werden müssen. Da es sich beim EIR um eine Atomanlage gemäss Atomgesetz handelt und die Zwischenlagerung von Abfällen keine neue Tätigkeit darstellt, ist keine Rahmenbewilligung erforderlich. Die Kosten für das Zwischenlager betragen 7,95 Millionen Franken.

Mit einem Zusatzkredit von 2,7 Millionen soll ferner der Umbau und die Erweiterung der Diorit-Gebäude für die Isotopenproduktion am EIR finanziert werden. Es handelt sich dabei um teuerungsbedingte Mehrkosten sowie um unvorhergesehene technische Schwierigkeiten, da die Umbauten bei vollem Betrieb der Anlage durchgeführt werden mussten. Auch hierzu wird sich der Vertreter der Bautengruppe äussern.

**Aufstockung des Labortraktes bei der Eidgenössischen Anstalt für das forstliche Versuchswesen, Birmensdorf:** Das Waldsterben hat dazu geführt, dass die forstliche Versuchsanstalt ihre Forschungsprogramme und ihr Dienstleistungsangebot im Sinne einer Notstandsmassnahme auf diese Krise ausrichten musste. Die Gelder aus dem Sanasilva-Programm, die zum grössten Teil an die forstliche Versuchsanstalt gehen, sind für Labor und für Personal bestimmt. Im Zusammenhang damit ist aber eine Erweiterung der räumlichen Kapazität unumgänglich. Die Aufstockung des bereits in Bau befindlichen, 1983 bewilligten Labortraktes erwies sich dabei als kostengünstigste Lösung mit 3,06 Millionen Franken.

Die Kommission für Wissenschaft und Forschung beantragt Ihnen mit 17 zu 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, Zustimmung zu allen angebotenen Krediten.

**Präsident:** Für die Bautengruppe spricht Herr Bürer.

**Bürer-Walenstadt:** Die Bautengruppe hat sich eingehend mit diesen Bauvorhaben befasst. Sie wurde auch durch die Finanzdelegation aufgefordert, Stellung zu nehmen vor allem zu den Nachtragskrediten. Wir haben uns natürlich vor allem mit den baulichen Angelegenheiten, weniger mit der Bedürfnisfrage befasst. Unsere Überprüfungen haben folgendes ergeben:

Zum Ausbau der Wärmepumpenanlage will ich mich nicht weiter äussern; hierzu wurden die notwendigen Bemerkungen bereits gemacht. Wir stellen fest, dass die Investitionen zweckmässig und wirtschaftlich sind.

Zum teuerungsbedingten Zusatzkredit von 6,238 Millionen Franken für den Umbau und die Nachinstallationen an den land- und forstwirtschaftlichen Gebäuden folgende Feststellungen: Die betreffende Botschaft stammt aus den Jahren 1976/77. Die Bauzeit fiel in die Jahre 1979 bis 1985. Die Bauten wurden nicht in allen Teilen gemäss der Botschaftsvorlage ausgeführt. Neben den teuerungsbedingten Mehrkosten sind vor allem zwei Gründe für die zusätzlichen Aufwendungen massgebend: Das Gewächshaus für die Allgemeine Botanik konnte nicht am vorgesehenen Standort erstellt werden. Die Baubewilligung wurde seinerzeit nicht erteilt. Die Nachbarn haben Einsprache erhoben, und der Standort musste verlegt werden, und zwar in eine Parzelle an einer Hanglage. Seinerzeit wurde gesagt, dass keine Mehrkosten entstünden; das war natürlich nicht der Fall, denn an diesem Hang mussten Stützmauern und eine Bohrträgerwand erstellt werden. Das erforderte Mehrkosten von rund 152000 Franken. Ebenso wurden zusätzliche Energiesparmassnahmen vorgenommen. Sie waren im ursprünglichen Projekt auch nicht enthalten. Die Mehrkosten betragen rund 50000 Franken. Die Umbauten für das Ost- und Westgebäude sind zum Teil in einem bescheideneren Rahmen ausgeführt worden, als dies vorgesehen war, weil der Kredit nicht ausreichte.

Der Umbau wurde praktisch zu einem Neubau, vor allem im Westgebäude. Es war nicht vorgesehen, dass die Decken zum grossen Teil ersetzt werden mussten; die Tragfähigkeit war nicht vorhanden, insbesondere mussten auch die elektrischen Installationen sowohl im Ost- als im Westbau vollständig erneuert werden. Wir haben uns an Ort und Stelle umgesehen und mussten feststellen, dass eigentlich bei Erstellung der Botschaft diese Vorlage nicht seriös genug untersucht worden war. Die Aufwendungen waren bedeutend höher, als die eindeutige Unterbewertung vorgesehen hatte. Solche Änderungen während der Bauzeit bewirken, dass die Baukosten, aber vor allem auch die Honorare für Architekten und Ingenieure, ganz erheblich steigen.

Wir halten fest, dass die Vorarbeiten zu diesem Projekt nicht mit der erforderlichen Sorgfalt durchgeführt worden sind. Hingegen dürfen wir feststellen, dass die jetzigen Bauten, also die Neu- und Umbauten, zweckmässig und ohne Luxus ausgeführt worden sind.

Zu Ziffer 2: Es geht um das Institut für Reaktorforschung (EIR). Zum Neubau des Zwischenlagers will ich mich nicht äussern, hingegen zum Zusatzkredit für die Erweiterung des Diorit-Gebäudes und der Isotopenproduktion. Hier sind Mehrkosten von 2710000 Franken aufgetreten. Wir haben folgendes festgestellt: Es handelt sich hier um ein besonderes Projekt. Das betreffende Gebäude ist für nukleare Spitzentechnologie bestimmt, verfügt deshalb über eine sehr komplexe technische Infrastruktur und muss hohen Sicherheitsanforderungen genügen. Der beantragte Zusatzkredit setzt sich aus teuerungsbedingten Mehrkosten von 2,1 Millionen Franken und aus 610000 Franken, die auf technische Schwierigkeiten bei der Ausführung der Arbeiten zurückzuführen sind, zusammen. Die 874000 Franken für Unvorhergesehenes, die mit zirka 5 Prozent budgetiert waren, genügten nicht. Die Mehrkosten entstanden, weil die technischen Komplikationen und Schwierigkeiten, also die Erneuerung und Vergrösserung auf den Hauptabluftanlagen des Hotlabors, insbesondere aber die Inbetriebnahme ohne Betriebsstilllegung, stark unterschätzt worden waren. Beispielsweise musste ein Stockwerk um 1,40 Meter erhöht

werden, weil man feststellte, dass die Installationen für die Hauptabluftanlagen räumlich nicht genügen.

Man kann fast sagen, dass die technischen Anforderungen an der Grenze dessen liegen, was sogar qualifizierteste Schweizer Ingenieurunternehmen – es sind massgebliche eingesetzt worden – auf diesem Gebiet zu leisten vermögen. Während die Mehrkosten für die technischen Fehler den verantwortlichen Firmen zum grossen Teil angelastet wurden – es handelt sich um einige hunderttausend Franken –, erwachsen dem Bund immerhin höhere Mehrkosten für das zusätzliche Engineering von über 400 000 Franken.

Das beauftragte Ingenieurbüro musste im Dezember 1983 ersetzt werden. Es war nicht in der Lage, diesen hohen Anforderungen zu genügen. Auch die Probeläufe mussten wegen verschiedener Pannen und Konzeptfehler als gescheitert betrachtet werden. Es wurde dann ein anderes Unternehmen beauftragt, das ganze Projekt nochmals zu überarbeiten. Dies hat natürlich zu Verspätungen und zusätzlichen Kosten geführt. Ich glaube, man darf hier festhalten, dass für solche Bauten die Summe für Unvorhergesehenes, die hier mit zirka 5 Prozent eingesetzt wurde, doch nicht richtig war. Es ist zwar die Art des Amtes für Bundesbauten, den Posten für Unvorhergesehenes möglichst tief zu halten. Damit hat Herr Direktor Huber gute Erfolge erzielt, wie er sagt. Nach meiner Ansicht sind diese Posten etwas differenzierter einzusetzen. Es kommt stark auf den Schwierigkeitsgrad des Bauvorhabens an. Der Weg über die Nachtragskredite ist auch nicht immer sehr angenehm.

Wir stellen hier abschliessend fest, dass das Projekt zu Beginn noch nicht ausgereift war und dass wir die sich hieraus ergebenden Konsequenzen zu tragen haben. Obwohl wegen gewisser Fehlleistungen eine unangenehme Situation entstanden ist, muss das Projekt zu Ende geführt werden. Wir beantragen Ihnen deshalb einstimmig, dem Zusatzkredit zuzustimmen.

Über die weiteren Vorlagen brauche ich mich nicht weiter zu äussern. Sie wurden von den Kommissionssprechern bereits erwähnt. Die Bautengruppe schliesst sich diesen Ausführungen an und empfiehlt Ihnen, den Krediten zuzustimmen.

**Präsident:** Die Fraktionen der SVP und CVP lassen mitteilen, dass sie dem Bundesbeschluss zustimmen.

**Steffen:** Die Fraktion der Nationalen Aktion/Vigilants empfiehlt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten. Sie hat keine Bemerkungen zu Ziffer 1, ETH Zürich.

Was Ziffer 2, EIR Würenlingen, den Kredit von 7,95 Millionen Franken für den Neubau eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle betrifft, zwei Feststellungen:

Es ist anerkennenswert, dass sich der Bundesrat an das empfohlene Moratorium der Vertragspartner der London Dumping Convention hält und auf die Tiefseeversenkung von radioaktiven Abfällen verzichtet. Mit Genugtuung stellt unsere Fraktion fest, dass mit dem Verzicht auf Tiefseeversenkung ausserdem eine Forderung erfüllt wird, die Kollega Oehen 1973 vor diesem Rate gestellt hatte, als er die Versenkungspraxis scharf attackierte und auf die Gefahren einer Verseuchung hinwies. Die Tiefseeversenkung radioaktiver Abfälle ist eine schlechte Lösung des Problems, aber sie erfolgte so quasi nach dem Motto: «Aus den Augen – aus dem Festland – aus dem Sinn!» Das ist jetzt vorbei, und die Abfälle stapeln sich mitten im Lande.

Unsere Fraktion befürwortet die vom Bundesrat vorgeschlagene mittelfristige Lösung durch Errichtung eines Zwischenlagers auf dem Gelände des EIR in Würenlingen, allerdings mehr der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Lösung wird ein Problem erneut sichtbar, das neben anderen die Mehrheit unserer Fraktion bewegen hat, den Bau weiterer Atomkraftwerke zu bekämpfen. Ich nenne nur ein Stichwort: die Folgekosten, und zwar im Zusammenhang eben mit der sogenannten sicheren Lagerung der radioaktiven Abfälle. Womit wir bei der zweiten Feststellung angelangt sind.

Seit 1977 hat das EIR Funktionen wie das Sammeln, Verbrennen, Pressen und Verfestigen von radioaktiven Abfällen aus Forschung, Gesundheitswesen, Industrie und Atomkraftwerken übernommen. Hier eine Zwischenbemerkung an die Adresse des Bundesrates: In welchem Rahmen und zu welchen Konditionen sollen künftig Abfälle aus Atomkraftwerken zur Lagerung übernommen werden? Befürchtet der Bundesrat nicht, dass hier langfristig wieder eine neue, kostspielige Aufgabe an den Staat übertragen wird, die eigentlich Sache der Betreiber von Atomanlagen ist? Zurück zum EIR. Ohne Zweifel hat das Institut hier wesentliche Aufgaben, die als Folge der Atomtechnologie notwendig wurden. Das EIR erfüllt diesen Auftrag sehr zuverlässig, ja vorbildlich. Vorbildlich meinen wir mit Blick auf Formen der Abfallbeseitigung anderer Industriezweige, die zu Ereignissen führen wie jenen auf dem Deponiegelände Kölliken. Mit den 8 Millionen Franken wird Raum für 8400 Fässer mit schwachradioaktivem und Raum für 500 Container mit mittelradioaktivem Abfall bzw. 500 Kubikmeter Raum für schwachradioaktive Komponenten geschaffen. Das heisst 8 Millionen Franken allein für die Zwischenlagerung radioaktiver Textilien und Kunststoffe, Lösungen, Pulver, für kleine Pumpen, Öfen, Geräte und Laboreinrichtungen. Etwas burchikos ausgedrückt: für Kleinkram.

Unsere Fraktion stellt aufgrund dieser Vorlage einmal mehr fest, dass wir es mit einer Technologie zu tun haben, die der schweizerischen Volkswirtschaft langfristig Folgekosten auferlegt, welche offensichtlich in einem ungünstigen Verhältnis zum Nutzen stehen. Wir haben uns auch die Frage gestellt, was in einem Schadenfall nach Stilllegung ganzer Forschungs- oder Energieanlagen geschieht. Wohin mit den strahlenverseuchten Innereien dieser Werke? Welche immensen Kosten müssen in einem solchen Falle entstehen, wenn schon für den Normalanfall in einem Zeitabschnitt von zehn Jahren Investitionen von 8 Millionen Franken notwendig werden? Soweit unsere Bemerkungen zu Ziffer 21.

Zu Ziffer 3, Eidgenössische Anstalt für das forstliche Versuchswesen, Birmensdorf. Die Aufstockung des Labor-Neubautrakts ruft einer Aufstockung des Objektkredites von seinerzeit 15 Millionen Franken um 3 Millionen Franken. Die Fraktion der Nationalen Aktion und der Vigilants hat Verständnis für die Bedürfnisse der Forstwissenschaft nach mehr Raum und auch ein gewisses Verständnis für die Begründung des Bundesrates, nach welcher das Waldsterben, das seit der ursprünglichen Projektierung des Labortraktes «bedrohliche Ausmasse» angenommen habe – so die Botschaft –, einer Verstärkung der Waldschaden-Forschung rufe.

Niemand zweifelt daran, dass aus diesem neuen Labortrakt Resultate veröffentlicht werden, die auf Milligramme genau feststellen werden, welche giftigen Elemente und Metalloxyde am Waldsterbeprozess beteiligt sein müssen. Diese Forschung ist bestimmt sehr interessant, und die Resultate sind wichtig. Wir fragen uns allerdings, ob sie dazu beitragen wird, die Agonie des Waldes aufzuhalten. Unsere konkrete Frage lautet: Kann sie in unserem Volke einen Gesinnungswandel hinsichtlich Nutzung der zivilisatorischen Möglichkeiten bewirken? Doch wohl kaum!

Ohne die auf einen vielleicht sehr einfachen Nenner gebrachte Einsicht – nämlich: mehr Menschen, mehr Energie, mehr Bequemlichkeit, mehr Immissionen, mehr Naturzerstörung und mehr Waldsterben – wird eben die Agonie des Waldes fortschreiten. Vielleicht müsste man zusätzlich die Verhaltensforschung fördern, die das Fehlverhalten des modernen Menschen (und vielleicht auch des modernen Politikers) ergründet, oder die Zukunftsforschung subventionieren, welche die Folgen prognostiziert, die mit einer weiteren Erhöhung der Bevölkerungszahl, einer Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeiten und einer Maximierung der Bedürfnisse unserer Einwohner einhergehen. Schliesslich müsste man vielleicht die Weiterbildung von «Multiplikatoren» – wie Lehrkräfte aller Stufen, Redaktoren und Moderatoren – unterstützen, damit diese fähig würden, die Resultate der Forstwissenschaft, der Verhaltensforschung und der Zukunftsforschung zum Menetekel

zusammenzubauen, was dann vielleicht einen landesweiten Lernprozess in Gang setzen würde. Ein Lernprozess, welcher den Materialismus überwinden könnte und ein schonungsvolleres Verhalten von uns allen gegenüber der Natur bewirkte.

Sie nehmen uns diesen Exkurs in den Bereich der Besinnung und der Umkehr nicht übel! Er soll dazu dienen, dass man die Erwartung einer Heilung des Waldes durch forstwissenschaftliche Forschung relativiert.

Die Fraktion der Nationalen Aktion und der Vigilants empfiehlt Eintreten.

**M. Cavadini:** Nous intervenons brièvement pour attirer l'attention du Parlement sur un point particulier.

En effet, les crédits demandés, se montant à 28 268 000 francs, peuvent avoir un caractère d'urgence; nous en convenons et le groupe libéral y souscrit.

Cependant, nous voulons souligner une fois encore que la procédure choisie ne permet pas toujours le meilleur contrôle parlementaire. En effet, dans le premier cas, on souhaite mettre en service, pour l'hiver prochain, une nouvelle installation de pompes à chaleur à l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich, et on devrait considérer cela comme un phénomène imprévisible. Le rythme des saisons devrait pas être pris pour un élément inattendu! Il en va différemment de l'adaptation du projet initial. En fait, nous prenons acte aujourd'hui d'un engagement de crédit, d'ores et déjà réalisé, et que nous ne pouvons en aucune manière refuser.

Dans le dossier de la transformation des bâtiments des sciences agronomiques, nous prenons acte à nouveau du caractère imprévu des difficultés de réalisation. La régularité de plusieurs imprévus devrait pourtant nous engager à améliorer certaines procédures d'examen. M. Bürer vient d'en faire la démonstration.

En effet, nous retrouvons sans surprise ces mêmes difficultés «imprévisibles» à Würenlingen, dans le cadre de la transformation et de l'extension des bâtiments en diorite pour la production d'isotopes. Il faut savoir que des erreurs ont été commises dans l'évaluation de certains travaux par les bureaux chargés de la préparation de ces dossiers. Nous avons connu d'autres cas de telles imperfections et les conséquences financières ne sont pas négligeables. Ici, il a fallu constater l'incapacité de quelques techniciens auxquels le travail avait été confié, là il faudra annuler le contrat passé avec une entreprise chargée de la réalisation d'une ambassade. Nous avons le devoir de prendre les plus vives précautions avec les engagements auxquels nous souscrivons à la suite de la procédure d'urgence qui ne doit pas nous dispenser d'un examen précis.

Nous voterons le projet proposé parce qu'il ne peut pas en être autrement, mais ce n'est pas stimulant.

**Euler:** Die Botschaft über die dringlichen Bauvorhaben der ETH hinterlässt bei näherem Betrachten das ungute Gefühl, sich wieder einmal mehr einem Sachzwang beugen zu müssen, vor allem, was die Zusatzkredite anbetrifft.

Der angebehrte Objektkredit von 18,1 Millionen Franken für neue Bauvorhaben und 10,1 Millionen Franken für Zusatzkredite an erstellte Bauten erscheint nicht besonders hoch. Es ist aber Aufgabe dieses Parlamentes, vorerst immer noch, meine ich, unabhängig von der Höhe des auszugebenden Geldbetrages die Arbeit der Verwaltung auf ihre Effizienz hin zu durchleuchten. Das ist denn auch von der Finanzdelegation und der Bautengruppe Ihres Rates gemacht worden, weil eben die Botschaft nicht in allen Teilen überzeugt.

Zu den einzelnen Objektkrediten: Der Ausbau der Wärmepumpenanlage des Fernheizkraftwerks im ETH-Zentrum ist eine gute Sache, weil weniger Öl verheizt wird und auch massive Einsparungen an Energiekosten möglich sein werden. Dass aber an der alten Feuerungsanlage bis Oktober 1983 mit Schweröl geheizt wurde, mit extrem grossem Schadstoffausstoss an die Luft, ist weniger verständlich. Die bundeseigenen Bauten sollten in Zukunft nebst den Wärme-

pumpenanlagen vermehrt mit Wärme-Kraft-Koppelung zur gleichzeitigen Stromerzeugung und mit Sonnenenergieanlagen ausgerüstet werden.

Dem Neubau eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Würenlingen werden wir wohl oder übel zustimmen müssen, wenn wir die Versenkung dieser Abfälle ins Meer ablehnen. Und das tun wir! Stossend ist aber, wenn ein auch nur «kleiner Anteil» der radioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken stammt. Wir wissen dabei nicht, ob der kleine Anteil mengenmässig zu verstehen ist, strahlungsmässig aber grössere Anteile aufweist. Hier lässt die Botschaft die Parlamentarier im unklaren. Eine zusätzliche Antwort von Herrn Bundesrat Egli wäre meines Erachtens hier am Platz.

Bei der Aufstockung des Labortraktes der Eidgenössischen Anstalt für das forstliche Versuchswesen in Birmensdorf ist es etwas unverständlich, warum nicht schon im Dezember 1983, also vor anderthalb Jahren, absehbar war, dass der Raumbedarf grösser werden wird. Das Waldsterben und die damit zusammenhängenden Forschungs- und Platzprobleme sind ja nicht erst seit einem halben Jahr bekannt.

«Gouverner c'est prévoir.» Dieses Motto sollte immer noch gelten. Sind diese drei neuen Objekte an sich vom Grundsatz her nicht bestritten, so habe ich bei den beiden Zusatzkreditobjekten Mühe, diese Kreditbegehren ohne weiteres zu schlucken. Sicher ist es richtig, dass der grösste Teil für Teuerung angebehrt wird. Der Kostenvoranschlag – wie Herr Bürer-Walenstadt gesagt hat – datiert aus dem Jahre 1976. Es wäre richtig gewesen, das Parlament bei Baubeginn Ende 1979/Anfang 1980 über die bereits gestiegenen Kosten zu orientieren, betrug doch die Teuerung in diesen drei Jahren allein schon gut 20 Prozent, im Gegensatz zu den Jahren 1979 bis 1984, wo die Teuerung in fünf Jahren nur noch 12 Prozent ausmachte. Heute müssen wir zusätzlich zum seinerzeit im Jahre 1978 bewilligten Objektkredit von 25,7 Millionen Franken noch volle 6,2 Millionen Franken bewilligen. Diese Praxis ist unbefriedigend und wird meines Wissens auch in den Kantonen nicht toleriert. Es drängt sich entschieden eine Überprüfung des bisherigen Vorgehens durch den Bund auf. Unerfreulich sind die bautechnischen Begleitumstände beim Umbau der land- und forstwirtschaftlichen Gebäude der ETH Zürich und der Dioritgebäude in Würenlingen. Unvorhergesehene Bauerschwernisse und unvorhergesehene Sicherheitsmassnahmen verursachten zusätzliche Kosten über die aufgebrauchten Reserven im Kostenvoranschlag hinaus. Herr Bürer-Walenstadt hat das richtigerweise offen dargelegt.

Unter den Positionen 122 bzw. 221 der Botschaft ist ein ganzer Katalog solcher Bauerschwernisse erwähnt. Durch sorgfältige Planung hätte man vieles schon vorher kostenmässig ordentlich erfassen können. Auch bei den Energie-sparmassnahmen wäre dies möglich gewesen. Herr Kollega Bürer-Walenstadt hat Ihnen mitgeteilt, dass in einem Fall wegen einer nicht erteilten Bewilligung ein neuer, teurerer Standort nötig wurde, im anderen Fall gar ein privates Bauingenieurbüro wegen offensichtlichen Ungenügens ersetzt werden musste. Das sind allerdings gravierende Feststellungen der Bautengruppe, wie auch die Tatsache, das Endresultat entspreche nicht der seinerzeitigen Botschaft.

Herr Bundesrat Egli, Sie gestatten mir die Äusserung: Wir alle wissen, dass überall, wo gearbeitet wird, auch Fehler passieren. Mir scheint aber, dass hier das übliche Mass überschritten worden ist. In Zukunft sollte das zuständige Bundesamt doch sorgfältiger vorgehen und dafür sorgen, dass mit Steuergeldern haushälterischer umgegangen wird. Die Kommission für Wissenschaft und Forschung hat in ihrer Pressemitteilung vom 1. Mai nach ihrer Sitzung nicht umsonst geschrieben, bei den Zusatzkrediten hätten durch vorsichtiger Planung und genauere Abklärungen Einsparungen erzielt werden können.

Ich persönlich sowie die sozialdemokratische Fraktion stimmen ohne Überzeugung und notgedrungen den angebehrten Krediten zu. Wir erwarten, dass die hier vorgebrachte Kritik beachtet wird.

**Mühlemann:** Wenn Herr Euler eine vorausschauende Politik im Bereiche von Forschung und Wissenschaft verlangt, dann bin ich mit ihm einverstanden. Nur glaube ich, dass wir uns dabei nicht auf nebensächliche Gebiete begeben müssen. Wir sprechen in dieser Session dreimal über Probleme der Hochschulpolitik. Wir gehen dieses zentrale und wichtige Thema vom Rande her an. Wir haben gestern in minimalistischer Weise die ETH-Übergangsregelung beschlossen. Wir beschäftigen uns heute mit kleinen Zusatzkrediten im Bauwesen und werden mit Sicherheit eine epische Debatte über die Abwicklung von Subventionen im Bereiche der Hochschulpolitik führen. Ich bin der Auffassung, dass es gut wäre, in diesem Hause einmal etwas «vernetzter» zu denken, in einer Gesamtübersicht dieses Problem anzugehen, und wenn hier Prioritäten vorliegen, dann sind sie vor allem im Bereiche der Forschungsprioritäten zu suchen. Wir befinden uns als Denkplatz Schweiz in einem Rückstand; wir haben hier ein Aufholbedürfnis zu befriedigen.

Wir haben offenbar Probleme mit den Dienstleistungen unserer Hochschulen zugunsten anderer Lebensbereiche; die Korrespondenz zwischen Wirtschaft und Hochschule muss verbessert werden. Wir sind nicht ganz sicher, ob innerbetrieblich die Abläufe richtig funktionieren. Ich bin davon überzeugt, dass die Briefe, die wir von Studenten erhalten, welche die Mitwirkung betreffen, durchaus unsere Aufmerksamkeit verdienen. Wir werden ja noch darüber diskutieren müssen, dass verschiedene Führungsabläufe offenbar im Hochschulwesen nicht stimmen oder zu kompliziert angelegt sind.

Ich möchte jetzt diese Debatte nicht fortsetzen und lediglich darauf hinweisen: Herr Euler, das, was Sie vorbringen, sind kleine Bagatellen. Wir haben in der Kommission für Wissenschaft und Forschung die Sache nicht geprüft, einfach deshalb, weil schon drei Kommissionen des Parlaments sich in dieser Frage engagiert haben, nämlich die Finanzkommission, die Geschäftsprüfungskommission, die Bautengruppe und schlussendlich die Kommission für Wissenschaft und Forschung. Wir verstossen doch damit gegen das Gesetz der Ökonomie der Kräfte, wenn vier parlamentarische Gruppen sich mit Zusatzkrediten in der Grössenordnung von wenigen Millionen auseinandersetzen. Man wird immer ein Haar in der Suppe finden; aber gesamthaft gesehen darf ich Sie bitten, sich auf das Wesentliche zu beschränken. Im Namen der freisinnig-demokratischen Fraktion empfehle ich Ihnen, mit Zuversicht diesen Krediten zuzustimmen.

**Weder-Basel:** Die Fraktion Landesring/EVP stimmt diesen drei Kreditbegehren zu. Sie tut dies auch nicht mit grosser Begeisterung; aber es ist ja alles vorgespurt. Einige Mitglieder aber hätten noch gerne Antwort auf eine Frage: Das EIR ist verpflichtet, den schwach- und mittelradioaktiven Abfall aus Forschung, Medizin und Industrie einzusammeln und ihn zu verarbeiten. Gemäss Verordnung über den Strahlenschutz haben die Atomkraftwerke für die Zwischenlagerung ihrer aus dem Betrieb der Anlagen anfallenden Abfälle selbst besorgt zu sein; sie sind selbst besorgt für den Abfall; sie sind gemäss Botschaft auf Seite 14 dazu auch in der Lage. Trotzdem will nun der Bund zukünftig im EIR für den radioaktiven Abfall aus Atomkraftwerken einen Lagerplatz zur Verfügung stellen. Vor dieser Entwicklung möchte ich sehr dringend warnen und fordere den Bundesrat auf, die jetzt vorgesehene und offenbar auch versprochene Lagerung zeitlich auf zwei oder drei Jahre – und nicht mehr – zu befristen. Ich hoffe, dass der Bundesrat heute in der Lage ist, ein solches Versprechen und eine solche Befristung auszusprechen. Es kann und darf nicht Aufgabe des Bundes werden – auch nicht gegen entsprechende Bezahlung –, den Atommüll aus Atomkraftwerken auf unbestimmte Zeit zu übernehmen, um so mehr, als niemand erwartet, dass die NAGRA in ein paar Jahren das Problem zufriedenstellend lösen kann. Weltweit ist es ja noch nicht gelöst.

Das EIR bzw. der Bundesrat kommt hier ganz offensichtlich einem Begehren der A-Werk-Betreiber nach, die, seitdem das Versenken von Abfällen im Atlantik verhindert wurde, auf ihrem während Jahrtausenden strahlenden Müll sitzen

und schon heute nicht mehr wissen, was sie damit anfangen sollen. Es rufen dieses Mal diejenigen nach mehr Staat, die bei anderer Gelegenheit – etwa bei sozialen Fragen – mit viel weniger Staat zufrieden sind.

Natürlich habe ich Verständnis für die Sorgen der A-Werk-Betreiber, denn es ist in der Zwischenzeit sogar einer Mehrheit – auch hier im Saal – bekanntgeworden, dass es noch keine Lösung für den über Jahrtausende radioaktiv strahlenden Müll gibt. Die Lösungen sind in noch weitere Ferne gerückt, seit im Atlantik nicht mehr versenkt werden darf. Aber auch das Salzlager Asse II bei Braunschweig wurde geschlossen, wo lange Jahre ebenfalls Schweizer Müll aus A-Werken versteckt wurde. Dort ist man heute daran, den Müll wieder auszugraben. Sie wissen alle, dass ab 1990 der hochradioaktive Müll zurückgenommen werden muss. Unbekannt sind auch die Kosten. Wir bekommen heute mit diesen 8 Millionen Franken eine ganz kleine Vorahnung, was auf uns zukommt. Was wir mit dem hochaktiven Müll dannzumal machen, wissen wir ja alle nicht. Wir wissen auch nicht, welche Kosten auf uns zukommen. Wir wissen aber, dass in Amerika solche Kostenberechnungen längst angestellt wurden; sie gehen in die Hunderte von Millionen Franken und in die Milliarden. Wir können uns also in ein paar Jahren auf eine geseignete Überraschung freuen.

Der Abfall aus Atomkraftwerken und Aufbereitungsanlagen ist ungewohnt langlebig; er verrottet und verwirrt nicht. Er ist auch nicht zum Verschwinden zu bringen. Er ist vielmehr höchst aktiv. Dieser Abfall muss während Jahrhunderten und Jahrtausenden – auch diesen, den wir jetzt in Würenlingen offenbar entgegennehmen – aus der Biosphäre entfernt bleiben, weil er sonst Krankheit und Siechtum verursacht. Unsere Industriegesellschaft setzt Fakten, die zukünftige Generationen nicht mehr rückgängig machen können. Sie haben mit diesen unabänderlichen Tatsachen zu leben, ob sie wollen oder nicht. Sie haben schon gar nicht mitzubestimmen. Die kommenden Generationen haben ja kein Stimmrecht. Damit sage ich auch, dass jede Mehrheit, die den Kommenden solchen Abfall aufkrotyert, immer eine Minderheit sein wird. Es ist also äusserst fragwürdig und aus meiner Sicht äusserst verantwortungslos, kommende Generationen zu Wachhunden für unsere radioaktive Abfälle zu degradieren.

Ich wiederhole: Ich möchte den Bundesrat bitten, dass er nach Möglichkeit auf die Lagerung des A-Mülls aus A-Werken in Würenlingen verzichtet. Wenn er jetzt schon zu weit gegangen ist in seinem Versprechen, so mag er wenigstens die Frist beschränken. Wir wollen nicht mitverantwortlich sein für etwas, das in der Verantwortung der Privatwirtschaft liegt.

Ich hoffe auf eine befriedigende Antwort von Herrn Bundesrat Egli. Andernfalls werden sich ein paar meiner Fraktionskollegen und ich der Stimme enthalten.

**M. Candaux:** Je précise que mon intervention a un caractère strictement personnel. J'ai lu avec attention le message concernant le projet de construction urgente pour les Ecoles polytechniques fédérales. Je me permettrai de poser quelques questions concernant le chiffre 33, qui traite de la surélévation d'un étage du bâtiment de laboratoire de l'Institut fédéral de recherches forestières de Birmensdorf. Il est question dans le message «d'une structure portante faite d'appuis préfabriqués, de piliers-gaines et de dalles précontraintes en béton armé.» J'ai eu l'occasion d'intervenir après M. Houmard, à propos de l'utilisation du bois en la matière. En effet, dans un bâtiment qui s'occupe justement de recherches forestières, le bois a l'air totalement absent! En l'occurrence, je voudrais demander à Monsieur le Conseiller fédéral s'il ne serait pas judicieux de faire un effort afin d'utiliser du bois au lieu d'éléments préfabriqués, pour les toits des bâtiments érigés par les constructions fédérales, que ce soit dans les écoles d'agriculture, dans les écoles de recherches à Changins, à Grangeneuve et en Suisse alémanique. Ce matériau est conseillé par les écoles en question mais semble proscrit par la Confédération? Il convient, à mon avis, de faire un effort pour la promotion du

bois et tout particulièrement dans les écoles qui font de la recherche forestière.

Bundesrat Egli: Ich habe vorab Verständnis für Äusserungen, wie sie von Herrn Cavadini vorgebracht worden sind, teilweise auch von Herrn Euler. Das Parlament fühlt sich begreiflicherweise in einer etwas unkomfortablen Lage, wenn es dazu aufgerufen wird, zu Krediten Stellung zu nehmen, die schon in Anspruch genommen worden sind. Ich muss Ihnen aber sagen, dass sich auch der Bundesrat und insbesondere mein Departement in einer unkomfortablen Lage befinden, wenn diese Begehren wegen Sachzwängen an uns herangetragen werden. In vielen Fällen können wir nicht anders handeln, als dringliche Kredite anzubegehren, damit Kosten eingespart werden können. Auch hier war das in allen drei Fällen durchaus angebracht. Darf ich zu den einzelnen Projekten und Positionen noch kurz Stellung nehmen?

Die Sonderbotschaft wurde hauptsächlich veranlasst durch das Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung in Würenlingen. Ich betone, dass es sich ausdrücklich um Abfälle handelt, die nur aus Forschung, Medizin und Industrie herrühren. Ich weiss nicht, Herr Steffen, ob Sie sich hier irren. Wir haben uns ausdrücklich auch in der Botschaft darüber geäußert. Die Atomkraftwerke sind verpflichtet, ihre eigenen Abfälle, insbesondere die leicht- und mittelradioaktiven Abfälle, selbst zu versorgen, wobei das EIR gemäss Botschaft (211.1) die brennbaren Abfälle übernimmt, konditioniert und den Kernkraftwerken wieder zurücker gibt.

Herr Weder, ein allfälliges künftiges Lager in Würenlingen für hochradioaktive Abfälle steht heute nicht zur Diskussion. Ich wäre auch nicht kompetent, darüber zu sprechen. Für diese Frage ist das EVED zuständig.

Ich glaube auch, dass wir uns heute darüber nicht unterhalten wollen, sondern wir wollen über die Kredite sprechen, die für die Zwischenlagerung der leicht- und mittelradioaktiven Abfälle notwendig sind.

Ich darf Ihnen versichern, Herr Euler, dass keine vermehrte Strahlung nach aussen zu befürchten ist. Die Anlage und die Pläne wurden geprüft von der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen des Bundesamtes für Energiewirtschaft. Das wäre zu Würenlingen zu sagen.

Die Wärmepumpenanlagen zur ETH in Zürich: Ich danke Ihnen, dass Sie uns dafür teilweise Lob spenden. Es ist tatsächlich so, dass wir damit nicht nur Energie sparen, sondern wir können vor allem auch Heizöl, d.h. Schweröl, ersetzen. Herr Euler, Sie haben sich darüber beklagt, dass diese Anlagen zeitweise mit Schweröl betrieben wurden. Das stimmt. Als ich erstmals davon erfuhr, habe ich veranlasst, dass die Anlage provisorisch auf Heizöl Extra leicht umgestellt wurde. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass diese Umstellung rund 800 000 Franken im Jahr gekostet hat. Was die Kostenersparnis anbelangt, dürfen wir bemerken, dass die Anlage durch diese Einsparungen bereits in sechs bis sieben Jahren amortisiert sein wird.

Das aufgestockte Gebäude in Birmensdorf hat auch Anlass zu Bemerkungen gegeben. Herr Steffen, ich unterstütze Ihren Aufruf zu einem Umdenken, den Sie hier lanciert haben, durchaus. Aber wir wiederholen ja jetzt nicht die Walddebatte, sondern wir müssen uns mit diesem Stockwerk in Birmensdorf befassen. Ich hoffe nur, dass Ihr Aufruf, der wahrscheinlich zum Tag des Umweltschutzes gedacht ist, nicht ungehört verhallt!

Herr Candaux, Sie haben die Frage aufgeworfen, weshalb wir in Birmensdorf nicht in vermehrtem Masse Holz anstatt Beton verwendet haben. Wie ich mich soeben erkundigt habe, war es der Statik wegen nötig, die Bodenkonstruktionen in Beton auszuführen. Hingegen sind die Decken selbst in Holz ausgeführt worden, und wir haben auch sonst darauf geachtet, dass bei dieser Versuchsanstalt in Birmensdorf viel Holz verwendet worden ist.

Eigentlich sind alle drei Vorhaben irgendwie dem Umweltschutz dienlich:

1. Die Entsorgungsanlage in Würenlingen sorgt dafür, dass verseuchte, mittel- und schwachradioaktive Abfälle sicher versorgt werden.

2. Die Anlage der ETH in Zürich dient ebenfalls dem Umweltschutz mit Sparen von Energie und Ersetzen von Öl.

3. Irgendwie steht natürlich auch die Anlage in Birmensdorf im Dienste des Umweltschutzes, denn es geht hier darum, das Personal unterzubringen, welches zur Forschung im Bereich Waldsterben angestellt wurde und heute zu teuren Mieten untergebracht ist.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und unseren Anträgen zu entsprechen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Art. 1–3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, art. 1 à 3**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 107 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

85.374

**Postulat Müller-Bachs**

**ETH. Umstrukturierung – EPF. Restructuration**

*Wortlaut des Postulates vom 13. März 1985*

Der Bundesrat wird ersucht, die Eidgenössische Technische Hochschule durch eine entsprechende Umstrukturierung in den Stand zu setzen, im Bereiche der angewandten Forschung den heutigen komplexen Problemstellungen, bedingt durch die Verflechtung von Ökonomie und Ökologie, gerecht zu werden.

*Texte du postulat du 13 mars 1985*

Le Conseil fédéral est invité à pourvoir à une restructuration des Ecoles polytechniques fédérales qui permette à celles-ci de faire face, dans le secteur de la recherche appliquée, aux problèmes complexes qui découlent de l'interdépendance des intérêts économiques et des préoccupations écologiques.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Bircher, Brélaz, Bundi, Dünki, Euler, Günter, Jaeger, Longet, Maeder-Appenzell, Morf, Nauer, Nebiker, Oester, Rebeaud, Renschler, Robert, Seiler, Stappung, Uchtenhagen, Wick (22)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Zweckbestimmung unserer Hochschulen lässt sich mit Lehre und Forschung umschreiben. Unter dem Oberbegriff Forschung sind Grundlagenforschung und angewandte Forschung zusammengefasst. Von angewandter Forschung spricht man dann, wenn sie sich auf eine existente Problematik bezieht. Mit Rücksicht auf die Gesellschaft, die das

## **Eidgenössische Technische Hochschulen. Dringliche Bauvorhaben**

### **Ecoles polytechniques fédérales. Projets urgents de construction**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.092
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.06.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	897-902
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 427

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.